

Stand: 05.06.2026 21:32:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9373

"Einigung der Länder zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9373 vom 08.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9432 vom 10.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter, Martin Bachhuber, Wolfgang Fackler, Hans Herold, Harald Kühn, Heinrich Rudrof, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann** und Fraktion (CSU)

### **Einigung der Länder zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass sich die Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Dezember 2015 auf eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern verständigt haben. Der Freistaat Bayern als größtes Zahlerland im Finanzausgleich wird durch das von den Ländern vorgeschlagene Reformmodell deutlich entlastet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Neuordnung einzusetzen.

### **Begründung:**

Dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3. Dezember 2015 zufolge soll der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form abgeschafft werden und der bisherige Umsatzsteuervorwegausgleich wegfallen. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer soll grundsätzlich nach der Einwohnerzahl verteilt werden und um Zu- und Abschläge entsprechend der Finanzkraft der Länder modifiziert werden. Damit wird das Ziel erreicht, ein einfacheres, transparenteres und leistungsgerechteres System zum Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder zu schaffen. Das positive Verhandlungsergebnis mit einer deutlichen Entlastung des Freistaates Bayern als Zahlerland zeigt, dass sich das kombinierte Vorgehen des Freistaats Bayern über die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und den gleichzeitig beschrittenen Verhandlungsweg als richtig erwiesen hat. Mit der Umsetzung aller im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz beschriebenen Elemente im Rahmen einer Gesamteinigung werden die Länder in beträchtlichem Umfang finanziell entlastet. Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen steht kein Land finanziell schlechter da als ohne die Neuordnung. Die ab dem Jahr 2020 vorgesehene Entlastung des Freistaats Bayern erleichtert ab diesem Zeitpunkt die Sicherstellung des Haushalts ohne Neuverschuldung und die Fortführung des Schuldenabbaus bis zum Jahr 2030.



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter, Martin Bachhuber, Wolfgang Fackler, Hans Herold, Harald Kühn, Heinrich Rudrof, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechtild Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/9373

### **Einigung der Länder zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

Der Landtag begrüßt, dass sich die Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Dezember 2015 auf eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern verständigt haben. Der Freistaat Bayern als größtes Zahlerland im Finanzausgleich wird durch das von den Ländern vorgeschlagene Reformmodell deutlich entlastet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Neuordnung einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Karl Freller

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Thomas Mütze

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Claudia Stamm

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Hubert Aiwanger

Präsidentin Barbara Stamm

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u. a. und Fraktion (CSU)**

**Einigung der Länder zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen  
(Drs. 17/9373)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Freller von der CSU.

**Karl Freller (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Die Einigung der Ministerpräsidenten der Länder am 3. Dezember ist ein großer und historischer Schritt im Hinblick auf die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Ein ungerechtes System geht zu Ende. Dieser Schritt war und ist auch dringend notwendig. Nach der November-Steuererschätzung mussten wir den Haushaltsansatz 2016 für die Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich um weitere 200 Millionen Euro auf nunmehr 5,4 Milliarden Euro erhöhen.

Meine Damen und Herren, das ist ein bitterer Rekord, auf den wir gern verzichtet hätten. Es ist auch deshalb ein bitterer Rekord, weil wir mit diesen Geldern Länder finanziert haben und es immer noch tun, die meines Erachtens nicht in ausreichendem Maße verantwortungsvoll mit den eigenen Mitteln umgehen. Mit diesen Mitteln in Höhe von 5,4 Milliarden Euro finanzieren wir Berlin und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen. Das ist ungefähr die Summe, die die beiden Länder aus dem Länderfinanzausgleich kassieren. Es ist wahnsinnig schwierig, den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern klarzumachen, dass wir so viel Geld abgeben müssen, damit anderswo investiert wird. Ich denke nur an den Berliner Flughafen. Der ist das Geld nicht wert, das dorthin fließt.

Angesichts dieses Missverhältnisses ist das, was am 3. Dezember erreicht wurde, ein großer Erfolg für unser Land, Herr Ministerpräsident. Wir haben die Chance, dass sich endlich eine gerechtere Verteilung der Gelder ergibt. Kern des Reformkonzepts ist eine Abschaffung des Länderfinanzausgleichs in seiner heutigen Form. Künftig wird

der Ausgleich der Finanzkraft im Wesentlichen über die Umsatzsteuerverteilung erfolgen. Die Gelder werden derzeit verteilt, bevor es zum eigentlichen Finanzausgleich kommt. Das soll sich nun ändern.

Im Ergebnis würde eine Umsetzung des Reformkonzepts für Bayern insgesamt, also einschließlich GVFG-Bundesmittle und der in Umsatzsteuerpunkte umgewandelten Entflechtungsmittel ab 2020 einen Bruttogewinn von rund 1,3 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das ist eine Entlastung der bayerischen Einwohner von 105 Euro jährlich. Das ist eine außerordentlich gute Summe. Es ist übrigens die höchste Entlastung bei den Flächenländern.

Ich verstehe nicht – das möchte ich an dieser Stelle sagen –, wie die bayerischen GRÜNEN und die bayerische SPD in den letzten Wochen und Tagen dieses wirklich gute Verhandlungsergebnis so negativ kommentieren konnten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben wir Ihnen doch erklärt! – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Frau Stamm, gerade Sie spreche ich an. Sie sagen in Ihrer Presseerklärung vom 04.12., die CSU-Neidkampagnen müssten jetzt endlich ein Ende haben. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer von Neidkampagnen spricht, wenn es um Gerechtigkeit geht,

(Jürgen W. Heike (CSU): Ist sehr verdächtig!)

der begeht meines Erachtens Verrat am bayerischen Steuerzahler.

(Beifall bei der CSU)

Das, was ich gesagt habe, geht leider auch an die SPD. Über die Jahre hatte ich den Eindruck - ich bin sicher, viele meiner Kollegen hatten einen ähnlichen Eindruck –, dass Ihre Solidarität mit den rot-grünen Pleiteländern größer war als die Solidarität mit der bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Müde Gags!)

Wie sehr haben wir doch von Ihnen eine Unterstützung massiver Art gewünscht, um diese Ungerechtigkeit abzuschaffen. Und was sagen Sie? - Sie sprechen von Neidkampagne.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir waren die Ersten, die Ja sagten!)

Sie sprechen von Neidkampagne, wenn wir sagen, dass so große Beträge wie jetzt die 5,4 Milliarden nicht ständig woanders hinfließen können. Was hat das mit Neid zu tun? Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Stamm, Ihre Aussage möchte ich so nicht stehen lassen, dass es mit Neid zu tun hat, wenn unser Ministerpräsident, unser Finanzminister und meine Fraktion für Gerechtigkeit bei der Verteilung der Steuermittel in Deutschland kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Es waren schwierige Verhandlungen, die da geführt werden mussten. Es gab viel Widerstand. Es ist alles andere als leicht, darüber zu verhandeln, wenn die Gefahr besteht, dass sich andere wehren, weil sie nicht mehr so bequem leben können, wie es bisher der Fall war.

Gott sei Dank – wir hoffen es – haben wir gute Aussagen von Bundesfinanzminister Schäuble, dass sich der Bund mit entsprechenden Beträgen einbringt, damit etwas geschaffen werden kann, wofür auch wir stehen. Wir sind nicht generell gegen einen Ausgleich; denn es gibt auch Länder, die wirklich so schwach sind, dass man ihnen unter die Arme greifen muss, sonst würden sie in der Tat in große Schwierigkeiten geraten.

Eines sage ich aber schon: Wir erwarten von allen Ländern, die Finanzausgleichsmittel beziehen, dass sie sehr verantwortungsbewusst mit diesen Geldern umgehen. Es

kann nicht angehen, dass sie Leistungen schaffen und bezahlen, bei denen wir als Geberland einsparen, weil wir sagen, diese Dinge sind nicht unbedingt nötig und wir möchten den Steuerzahler nicht unnötig belasten.

Leider gibt es zigfach Beispiele, dass rot-grün regierte Länder aus Staatsmitteln Dinge finanzieren, wovon wir in Bayern absehen. Das muss man auch ansprechen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist Gott sei Dank alles gut gelaufen. Die bayerische Strategie aus Klage und gleichzeitiger Verhandlung hat sich bewährt. Es war eine Strategie, die sich an den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern orientiert hat. Wir können uns mit dem Ergebnis sehen lassen. Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, auch namens der CSU-Fraktion danke ich Ihnen, dass Sie so erfolgreich verhandelt haben. Was das bedeutet, kann sich jeder ausrechnen. Wenn wir ab dem Jahr 2020 jedes Jahr 1,2 Milliarden sparen, sind das ungefähr 12 Milliarden in zehn Jahren bis zum Jahr 2030. Das ist Gold wert für unseren Schuldenabbau im Lande. Damit sind wir einen wichtigen Schritt weiter und einem großen Ziel nähergekommen. Diese Mittel können wir in Zukunft einsparen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind dankbar und sehen diese Ergebnisse als großen Erfolg für den Freistaat Bayern an. Wir wünschen, dass alles zügig umgesetzt und in verbindliche Formen gebracht wird. Ich bin sehr zuversichtlich. Der 3. Dezember 2015 war ein guter Tag für Bayern und seine Finanzen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön, Herr Freller. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Mütze.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Freller, ich gebe Ihnen gerne Nachhilfe; das bin ich gewöhnt.

(Widerspruch bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nicht erforderlich!)

**Karl Freller (CSU):** Was kostet die Stunde?

**Thomas Mütze (GRÜNE):** – Ich bin gar nicht so teuer, Herr Kollege Freller. Ich bin Deutschlehrer.

Wer liest, ist im Vorteil. Herr Freller, auch der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat diesem Kompromiss zugestimmt. Wenn Sie die Pressemitteilung unserer Kollegin Stamm gelesen hätten, hätten Sie erfahren, dass wir die Einigung sehr wohl begrüßen. Wir begrüßen sehr wohl, dass jetzt mehr Geld im bayerischen Haushalt bleibt.

(Peter Winter (CSU): Aber!)

– Kein Aber. – Wir begrüßen auch, dass Ihre Klage, die Sie immer mantraartig vor sich hergetragen haben, keinerlei Einfluss auf diese Einigung gehabt hat. Die Klage ist noch nicht einmal beraten worden. Wir erwarten, dass Sie diese dumme Klage sofort zurückziehen. Ansonsten ist die Einigung in Gefahr. Das ist ganz klar. Diese Klage war schädlich und nicht nützlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Herr Kollege Freller, Sie haben schon wieder Berlin genannt. Sie sollten wissen, dass der Länderfinanzausgleich ein Einnahmen- und kein Ausgabenausgleich ist. Die Berliner Beamtinnen und Beamten sind die am schlechtesten bezahlten in ganz Deutschland.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- So ist das.

(Widerspruch bei der CSU)

In diesem Haus wird immer wieder behauptet, dass die Berliner mit dem Geld aasen. Fragen Sie einmal die Berliner Beamtinnen und Beamten, wie da geaast wird!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Karl Freller (CSU):** Sie geben mir die Chance, klar zu sagen, dass es den Beamten im Freistaat Bayern gut geht. Wir achten darauf, dass unsere Staatsdiener ausreichend besoldet werden. Wir geben das Geld nicht für irgendwelche Flughäfen aus, die vielleicht irgendwann im nächsten Jahrtausend eröffnet werden. Wir finanzieren das Richtige, das ist entscheidend.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Freller, wir haben schon verstanden. Heute erleben wir ein Déjà-vu. Das ist ein psychologisches Phänomen – das habe ich nachgeschaut –, das sich in dem Gefühl äußert, eine Situation schon einmal erlebt, aber nicht geträumt zu haben. So steht es in der Definition. Genau das erleben wir heute; denn der aktuelle Länderfinanzausgleich, der im Jahr 2019 zu Ende gehen wird, wurde mit noch viel schöneren Worten in diesem Bayerischen Landtag gefeiert. Ich darf an die Regierungserklärung vom 20. Juni 2001 erinnern. Das Originalmanuskript der Rede von Herrn Dr. Edmund Stoiber, dem damaligen Ministerpräsidenten, habe ich dabei. Ich darf daraus zusammengefasst vortragen, was zum aktuellen Länderfinanzausgleich, der noch bis zum Jahr 2019 gilt, gesagt wurde:

Bayern, aber auch alle Länder können mit dem Ergebnis hoch zufrieden sein. Seit Jahren hat die Staatsregierung mit Nachdruck die Einführung von mehr Leistungsanreiz und Leistungsgerechtigkeit in den Länderfinanzausgleich gefordert. Das Tor dazu wurde jetzt aufgestoßen. Wir werden

– Originalzitat Dr. Stoiber –

mehr Wettbewerb, mehr Gerechtigkeit und mehr Verantwortung der Länder im Finanzausgleich festschreiben.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr mit euren Doktoren!)

Der Sieger ist der deutsche Föderalismus. Wir haben etwas bewegt.

Das ist die Aussage der CSU, des Ministerpräsidenten, im Bayerischen Landtag zum derzeit gültigen Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der amtierende Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer müsste auch ein Déjà-vu-Erlebnis haben. Am 7. Juli des gleichen Jahres, im Jahr 2001, hat er in namentlicher Abstimmung diesem neuen Länderfinanzausgleich, der von Ihnen, Herr Freller, kritisiert wird, im Bundestag zugestimmt. Später sah dann alles ganz anders aus; dieser gefeierte Länderfinanzausgleich war plötzlich zutiefst ungerecht. Es wurde maßlos gegen andere Bundesländer geschimpft. Im Bierzelt, am Stammtisch und im Bayerischen Landtag wurde gegen die eigene Politik polemisiert. Der Länderfinanzausgleich wurde als bayernfeindlich und als verfassungswidrig bezeichnet. Das war aber Ihr Länderfinanzausgleich, den Sie im Jahr 2001 gefeiert haben. Dieser Ministerpräsident hat ihm in namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag zugestimmt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, jetzt wollen Sie einen Vertrauensvorschuss. Wer garantiert uns nach dieser Lobesorgie zum geltenden Länderfinanzausgleich, dass nicht Ähnliches wieder passiert? Unsere Einschätzung ist angesichts des Verhaltens der CSU durchaus angebracht. Wer die CSU kennt, der weiß, dass wir heute lobende Worte von

Herrn Freller, vom Herrn Ministerpräsidenten, vom Herrn Finanzminister und der CSU-Fraktion hören werden. Wir garantieren Ihnen, dass Sie spätestens vor der nächsten bayerischen Landtagswahl beginnen werden, den heute von Ihnen begrüßten Kompromiss der 16 Bundesländer auf Bundesebene wieder in der gleichen Art und Weise zu kritisieren. Sie werden Ihr eigenes Ergebnis angreifen. Die CSU wird noch vor Inkrafttreten des Länderfinanzausgleichs gegen die Lösung, die Sie hier begrüßen, polemisieren. Das gebe ich zu Protokoll. Im Jahr 2018 können wir gerne nachschauen, wer recht hatte.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Deswegen sollten Sie verstehen – ich bitte um Verständnis –, dass wir dieses Spiel der CSU kein weiteres Mal mitmachen. Das haben wir einmal mitgemacht, aber das machen wir kein zweites Mal mit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut!)

Inhaltlich sind die wesentlichen Punkte bekannt. Wir begrüßen auch, dass der Länderfinanzausgleich in ein einfaches System zum Ausgleich der Finanzkraft umgewandelt wird. Dies erfolgt über die Umsatzsteuer. Die bayerische Finanzkraft wird jedoch höher berechnet. Die Finanzkraft der bayerischen Kommunen wird nicht zu 64 %, sondern künftig zu 75 % eingerechnet. Das müssen wir uns noch einmal genau anschauen. Das Problem des derzeit gültigen Länderfinanzausgleichs besteht darin, dass die Schere der Finanzkraft auseinandergeht. Das müssen wir zumindest im Blick behalten.

Wir erkennen an, dass in einer komplizierten Gemengelage überhaupt ein gemeinsamer Vorschlag der Länder vorliegt. Wir erkennen außerdem an, dass die Staatsregierung lösungsorientiert mitgewirkt hat. Ich bin ebenfalls dankbar, dass die Situation der anderen Bundesländer einbezogen wurde und wir die Chance auf ein vernünftiges System haben.

Es gibt noch offene Fragen. Ich freue mich darüber, dass die Fortfinanzierung der Gemeindeverkehrsfinanzierung mit insgesamt immerhin 330 Millionen Euro geregelt ist. Allerdings – das muss an dieser Stelle ganz deutlich gemacht werden – haben die Staatsregierung und die CSU ihre Ziele bei dieser Lösung definitiv nicht erreicht. Das muss an dieser Stelle festgehalten werden. Was wollten Sie denn? – Finanzminister Söder hat von einer Halbierung des Länderfinanzausgleichs gesprochen. Das wären 2,7 Milliarden Euro. Jetzt sind wir bei 1,2 Milliarden Euro. Defacto wird der Beitrag noch nicht einmal reduziert, weil in Zukunft die Entflechtungsmittel wegfallen. Bayern wird 250 Millionen Euro, analog zu den anderen Bundesländern, weniger erhalten. Deshalb liegt der finanzielle Effekt der Entlastung im Vergleich nicht bei 50 %, wie es martialisch versprochen wurde, nicht bei 30 %, sondern voraussichtlich bei 20 % im Jahr 2020.

Eine Entlastung vor dem Jahr 2020 wird es nicht geben. Das hatten Sie auch versprochen und mit der Klage in die Welt gebracht. Herr Freller, Sie haben jetzt gegen Berlin polemisiert, da verstehe ich Sie überhaupt nicht. Das ist Ihr gutes Recht. Das können Sie machen, wie Sie wollen. In diesem Papier stehen zwei Dinge drin. Nordrhein-Westfalen war bisher schon Geberland und wird auch in Zukunft Geberland bleiben. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt. Sie haben über Berlin geschimpft. Nur: Bei diesem Kompromiss, dem der Ministerpräsident zugestimmt hat, wird der Effekt so sein, dass Berlin bei der zukünftigen Lösung pro Kopf und Einwohner mehr entlastet wird als Bayern. Berlin wird mit 141 Euro pro Kopf entlastet,

(Zuruf von der CSU)

Bayern mit 105 Euro pro Kopf. Das ist doch die Wahrheit, die Sie hier hätten aussprechen müssen. Dass Sie das nicht tun, spricht Bände.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine Deckelung erreicht und werden bei der Finanzkraft noch Diskussionen erleben. Dass man in solchen Verhandlungen nicht alles erreichen kann, ist klar.

(Markus Rinderspacher (SPD): Obergrenze!)

Dass Forderungen der CSU und der Staatsregierung einerseits und das Ergebnis andererseits auf zwei völlig unterschiedlichen Planeten stattfinden, haben Sie zu verantworten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das passt überhaupt nicht zusammen. Ihre Polemik und die Lösung, über die wir jetzt reden, sind zwei verschiedene Dinge.

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): So ist es! Genau so ist es!)

Ich glaube, es ist wichtig, dass sich die 16 Bundesländer geeinigt haben. Man sollte mit Blick auf die Gesamtverantwortung aber auch sagen, dass es eine Einigung auf Kosten des Bundes ist. Ich denke, sie ist durchaus im Länderinteresse. Aber da gehört auch dazu, dass sich die CSU und die Staatsregierung bei ihrer Mitwirkung in Berlin keinen schlanken Fuß machen, wenn es um die Finanzierung dieser zusätzlichen Mittel auf Bundesebene geht. Da geht es um die Frage der Fortführung und der Abschmelzung des Solidaritätszuschlags. Da erwarten wir, dass Sie auf Bundesebene zu Ihrer Finanzierungsverantwortung für den Länderfinanzausgleich der Zukunft stehen; denn sich hier einen schlanken Fuß zu machen, wäre wirklich schlecht. Sie müssen sagen, wie das in Zukunft finanziert wird, weil zunehmende Herausforderungen auf Bundesebene auf uns zukommen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Ausgezeichnet! Sehr gute Rede!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. – Herr Halbleib, kommen Sie bitte zurück ans Rednerpult? Wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

**Sandro Kirchner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Halbleib, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe nur eine kurze Frage: Was haben Sie als Landtags-SPD oder SPD insgesamt dazu beigetragen, das Ungleichgewicht des Länderfinanzausgleichs zu korrigieren?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Unsere Anträge haben wir gestellt! Ungezählte Anträge haben wir gestellt!)

**Volkmar Halbleib (SPD):** Lieber Herr Kollege, es wäre vielleicht gut gewesen, wenn Sie sich bei den erfahrenen Kollegen erkundigt hätten. Die SPD-Landtagsfraktion war die erste, die im Bayerischen Landtag den gegenwärtigen Länderfinanzausgleich als korrekturbedürftig bezeichnet

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Die Klage habt ihr abgelehnt!)

und ganz klare Forderungen erhoben hat, das zu ändern. Da waren Sie bei der CSU noch auf Ablehnungskurs!

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie die Argumente noch vom Tisch gewischt. Erkundigen Sie sich mal, lesen Sie mal die Plenarprotokolle und unsere Anträge nach.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Viel Spaß bei der Lektüre! Dann würden Sie solche Fragen nicht stellen.

(Beifall bei der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Schauen Sie sich mal Ihr Abstimmungsverhalten an! – Karl Freller (CSU): Zur Klage!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. - Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es an dieser Stelle für solche Aufregung ein bisschen zu früh. Das Paket ist noch gar nicht abschließend geschnürt, lieber Charly Freller. Wenn die Ächtung des bisherigen Finanzausgleichs in dieser Art notwendig wäre, dann hätte der Herr Ministerpräsident am Dienstag, als Sie die Atlanten Ihrer Vorgänger aufgezählt haben, den Länderfinanzausgleich nennen können oder müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf an die zuletzt formulierten Zielsetzungen gerade des Finanzministers erinnern: Halbierung der Lasten für Bayern. Jetzt haben wir mit 1,2 Milliarden Euro im Jahr 2020 ein erstes Ergebnis nach der Länderrunde. Die Landesregierung wollte das Ergebnis eher. Sie wollte mehr. Wir sollen jetzt auf Antrag der CSU an dieser Stelle die vorliegenden Zahlen schon einmal feiern. Aber das ist uns zu früh.

Ich will anerkennen, dass die Gefechtslage bei diesen Verhandlungen ausgesprochen schwierig ist. Was der Finanzminister gestern weitestgehend zu Recht zur Finanzkraft und zur Leistungskraft des Freistaats Bayern gesagt hat, wird wohl auch in den anderen Ländern und in Berlin gehört. Dann stellt sich das Problem, die Belastungen wegzuverhandeln und zu reduzieren. Das ist gewiss schwierig. Ich finde es ein Stück weit ganz erstaunlich,

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das erzähle ich Ihnen gleich, wie das geht!)

dass hier überhaupt Bewegung erreicht wurde. Das wollen wir an dieser Stelle durchaus anerkennen. Aber eine abschließende Bewertung wäre angesichts der bisherigen Informationslage und der bisherigen Beteiligten sicherlich verfrüht und ist uns noch nicht möglich. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Wirkung erst ab 2020 ein-

tritt, nicht, wie ursprünglich geplant, schon sehr viel früher. Es wurde mal gesagt, wir wollen auch mittels der Klage und mit unseren Verhandlungen eine frühere Entlastung erreichen. Das ist nun zunächst nicht der Fall. Außerdem fehlt abschließend noch die Bereitschaft des Bundes, den zusätzlichen Lastenbeitrag zu übernehmen. Zudem würden wir gerne wissen, was an sonstigen Absprachen und verhandlungsbegleitenden Themen geklärt oder nicht geklärt ist. Wir haben beim Thema des Länderfinanzausgleichs das Erreichen von mehr Transparenz und vor allem Leistungsanreizen für diejenigen, die profitieren, immer für richtig gehalten. Ob und inwieweit das in diesem Zusammenhang der Fall ist, muss noch näher untersucht werden. Ich glaube, noch wichtiger als der Betrag im Detail ist vor allem eine deutliche Verstärkung der notwendigen Leistungsanreize in dem neuen System. Wir haben in den letzten Jahren immer beklagt, dass das deutlich zu wenig der Fall ist.

Dann gibt es aus kommunaler Sicht auch im Verhältnis zum Bund noch eine ganze Reihe anderer Erwartungen. Insbesondere unsere Kommunen haben immer gefordert, dass im Bereich der Eingliederungshilfe mehr Unterstützung seitens des Bundes notwendig ist, um finanzielle Gestaltungsfreiheiten zu erreichen. Ich nehme nicht an, dass das in diesem Paket ganz konkret mit verhandelt worden ist. Aber besteht denn die Gefahr, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass der Bund, um dieses Paket zum Abschluss zu bringen, angesichts der Zugeständnisse die Bereitschaft bezüglich erwarteter Leistungen in Richtung Bayern oder der Länder an anderer Stelle etwas zurückfahren wird?

Wir begrüßen es so kurz vor Weihnachten sehr, dass es überhaupt Bewegung gibt und eine Chance, eine neue Vereinbarung mit einer Entlastung Bayerns zu treffen, eröffnet worden ist. Das begrüßen wir. Aber eine Gesamtbewertung ist angesichts der vielen offenen Fragen und angesichts des Umstandes, dass sich der Bund noch nicht erklärt hat, einschließlich der Frage der Verstärkung der Leistungsanreize bei den Nehmerländern nicht möglich. Es gibt noch einiges zu tun. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei den noch notwendigen abschließenden Verhandlungen, werden das Ergeb-

nis, sobald es unter Einigung aller Beteiligten vorliegt, bewerten und danach unser Votum abgeben. Bis dahin herzlichen Dank und viel Erfolg!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Frau Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich begrüßen wir es, dass sich alle 16 Ministerpräsidenten auf einen Kompromiss geeinigt haben. Das sage ich Ihnen gerne noch einmal, Kollege Freller. Es ist so, dass Bayern entlastet wird und trotzdem alle Länder bessergestellt werden. Das ist wegen der Schuldenbremse, die ab 2020 gelten soll, auch gar nicht anders machbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kompromiss basiert zurzeit auf der Hoffnung, dass der Bund mitspielt; denn er muss zahlen, er muss mehr drauflegen. Die Entlastung Bayerns um voraussichtlich rund eine Milliarde Euro ist wichtig. In diesem Landtag haben wir fraktionsübergreifend schon öfter betont und sind uns einig, dass Bayern entlastet werden muss. Wichtig ist, dass der Ausgleich jetzt nicht für eine neue Dynamik sorgt und die mögliche Entlastung wieder aufgesaugt wird; Kollege Halbleib hat das gut dargestellt und auch ein bisschen in die Vergangenheit geblickt.

Zur Erinnerung: Auch die Neuregelung vor 16 Jahren ist hier begrüßt, euphorisch gefeiert worden usw. Sie hat aber im Laufe der Jahre die steigenden Zahlungen Bayerns nicht aufhalten können. Eine Reform mit solchen Minimalwirkungen brauchen wir nicht noch einmal.

Ob es dazu kommt oder nicht, ist auch eine Frage im Detail des neuen Gesetzes. Dazu steht im Antrag der CSU leider nichts. Sehr aufklärend war der Antrag der CSU also nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Man kann von der CSU nichts Unmögliches verlangen!)

Das passt aber zu den früheren CSU-Anträgen zu diesem Thema, die konzeptionell nichts zu bieten hatten. Das neue Modell soll den Ländern jetzt mehr Anreize geben, die ihnen zustehende Steuer tatsächlich vollständig zu erheben. Damit ist zumindest für uns in der Opposition die wirklich große Hoffnung verbunden, dass die Steuerverwaltung in Bayern nicht weiterhin geschwächt, sondern endlich besser ausgestattet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kompromissvorschlag sieht einen reinen Umsatzsteuervorausgleich vor, und zwar, bevor das Geld im Länderhaushalt landet. Damit würden die Neiddebatten hoffentlich ein Ende haben, Kollege Freller, die nämlich immer zulasten anderer Bundesländer gehen.

Wir hatten vor fünf Jahren hier im Landtag mit einem Dringlichkeitsantrag einen Vorschlag für einen Grundpfeiler gemacht. Damals hieß der Finanzminister Fahrenschohn. Er hat vor dem Modell gewarnt, den Umsatzsteuervorausgleich zu verändern. Er hat gesagt, die CSU solle bitte dagegen stimmen. – Jetzt stimmt die CSU genau so einem Modell zu, versucht, den Kompromiss als ihren Erfolg zu feiern, und sagt, sie wollte das eigentlich schon immer. – Ich finde das Ganze relativ schief, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich gab es überhaupt kein Konzept von der CSU, sondern lediglich das Formulieren von Zielen. Wir sollten fragen, ob von den formulierten Zielen – das ist in Ihrer Klage nachzulesen – etwas erreicht ist. In der Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht heißt es: Die Bundeshauptstadt Berlin muss eine besondere Rolle bekommen – Ziel verfehlt; die Einwohnerwertung der Stadtstaaten muss weg – es ist nur

eine minimale Absenkung erreicht; die Gemeindefinanzen sind mit 64 % zu hoch in den Ausgleich einbezogen – der Anteil steigt jetzt sogar noch, nämlich auf 75 %, also auch hier: Ziel verfehlt; mehr Steuerautonomie für die Länder – auch dieses Ziel ist nicht erreicht. Die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht hat sich damit als völlig irrelevant erwiesen. Sie hat erstens inhaltlich mit dem Kompromiss null zu tun, nichts, und zweitens haben die Verhandlungen vor dem Gericht noch nicht einmal begonnen. Die CSU ist also mit den Inhalten der Klage gescheitert, noch bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage ist und war eine reine Verschwendung von Steuergeldern. Wenn das Ziel verfehlt ist, dann sollten Sie die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auch endlich zurückziehen. Es ist einfach im besten Interesse Bayerns, die Klage zurückzuziehen. Sie müssen sich nämlich schon entscheiden, ob Sie dem Kompromiss zustimmen oder die Klage weiterführen. Ziehen Sie die Klage nicht zurück, dann besteht die Gefahr, dass der gefundene Kompromiss gar nicht so umgesetzt werden kann. Und dann? Was geschieht, wenn das Bundesverfassungsgericht die Gemeindefinanzen noch stärker einbeziehen will? - Dann steht Bayern schlechter da; dann werden sämtliche Berechnungen in diesem Kompromiss obsolet, und es geht wieder von vorne los.

In der Begründung des Antrags heißt es: Schuldentilgung bis 2030. Immer wieder hieß es von Ihrer Seite, es gebe eine komplette Schuldentilgung bis 2030, und mit diesem Kompromiss sei das jetzt möglich. Aber auch dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Das war schon im Vorfeld klar; denn Finanzminister Söder hat seine finanziellen Ambitionen, seine Ziele, die er sich gesteckt hat, im Laufe der Jahre immer weiter nach unten geschraubt. Noch im Februar 2014 hieß es hier, und zwar wörtlich: Maximal eine Milliarde Euro in den Länderfinanzausgleich soll es geben. Dann wurde im gleichen Jahr die Forderung in "eine Milliarde Euro weniger in den Länderfinanzausgleich" geändert. Das ist ein ganz schöner Unterschied. Nur diese dramatisch abgemagerte Zahl ist möglicherweise erreicht worden. Zur Schuldentilgung reicht das allerdings ganz sicher

nicht; denn wenn Bayern im aktuellen Tempo weiter tilgt, ist Bayern 2054 schuldenfrei. Wenn nach den Vorstellungen der CSU tatsächlich die zusätzliche Milliarde aus dem Finanzausgleich ab 2020 in die Schuldentilgung gesteckt wird, dann dauert es immer noch ziemlich, bis zum Jahr 2038. Vor der letzten Landtagswahl klang das anders, Herr Ministerpräsident und liebe CSU-Fraktion. Da sagten Sie: Wir sind schuldenfrei bis 2030.

Dazu kommt, dass die CSU zur Erreichung dieses Ziels tatsächlich ihre Haushaltspolitik ändern müsste und nicht wie jetzt nach dem Motto "Mehreinnahmen ist gleich Mehrausgaben" handeln dürfte. Sonst gibt es weder beim Schuldenabbau noch bei der Pensionsvorsorge irgendeinen Fortschritt.

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Dann ist zu erwarten, dass das zusätzliche Geld in den Haushalt fließt und nicht in die Schuldentilgung. Jetzt davon zu sprechen, dass die CSU ihr Ziel erreicht habe, geht schlicht und ergreifend völlig an der Realität vorbei.

Das Fazit ist: Das Ergebnis des Kompromisses begrüßen wir, und es ist wohl auch realistisch. Aber gemessen an den Ankündigungen der CSU ist es absolut kein Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ist die Staatsregierung aufgefordert, für die Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat zu sorgen. Das wäre im Interesse Bayerns. Einen Dringlichkeitsantrag braucht es dazu nicht, liebe CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Als nächsten Redner bitte ich unseren Ministerpräsidenten, Herrn Seehofer, zum Rednerpult.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Grundgesetz ist geregelt, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder

angemessen auszugleichen ist. Dafür gibt es seit vielen Jahrzehnten den sogenannten Länderfinanzausgleich, der im Prinzip gerechtfertigt ist und von uns grundsätzlich auch immer unterstützt worden ist. Wir stehen in Bayern zu Solidarität. In dieser Debatte geht es nicht um die Frage, ob die Solidarität gegenüber anderen, strukturschwächeren Ländern geübt wird, sondern es geht allein um die Frage, ob der Länderfinanzausgleich gerecht gestaltet ist.

(Beifall bei der CSU)

Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht nur im Länderfinanzausgleich, sondern in der ganzen Gesellschaftspolitik ein Geschwisterpaar; das eine kann es ohne das andere auf Dauer nicht geben. Deshalb sagen wir Ja zur Solidarität, aber Nein zu einem unfairen System des Länderfinanzausgleichs.

(Beifall bei der CSU)

Die derzeitigen Auswirkungen des Systems sind extrem ungerecht. Im Wesentlichen zahlen drei Länder für zwölf andere Länder – gelegentlich ist noch Hamburg mit dabei. Also finanzieren drei Länder das gesamte System von 16 Bundesländern.

Bayern zahlt mit aktuell circa 5 Milliarden Euro pro Jahr alleine weit mehr als die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs, und wir zahlen heute als Freistaat Bayern in einem Jahr mehr in den Länderfinanzausgleich, als wir in 40 Jahren bis zur Deutschen Einheit erhalten haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Der derzeitige Länderfinanzausgleich bestraft also Leistung: die Leistung unserer Mittelständler, unserer Handwerker, unserer Arbeitnehmer. Deshalb haben wir immer klar gesagt: Es muss gerecht zugehen. Der Solide, der Tüchtige darf am Ende nicht der Verlierer sein; was in Bayern erwirtschaftet wird, muss auch im Wesentlichen in Bayern bleiben. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, jetzt wird immer gesagt: Da gab's doch die Zustimmung im Jahre 2001. - Die gab's, und der Länderfinanzausgleich, wie er 2001 entwickelt und verabschiedet wurde,

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Stimmung war euphorisch!)

übrigens auch mit meiner Zustimmung, hat viele Jahre lang eine positive Wirkung entfaltet. Aber er hat nicht auf die Situation reagiert, dass sich die Realitäten zwischen strukturstarken Regionen – Bayern – und strukturschwächeren Regionen immer weiter auseinanderentwickelt haben. Im Freistaat Bayern und partiell auch in etlichen anderen Bundesländern sind große Anstrengungen unternommen worden, die Wirtschaftsstruktur, die Finanzkraft zu verbessern, mit großem Erfolg – wir sind wirtschaftlich heute die Nummer 1 in Deutschland; das war nicht immer so. Andere Länder haben ebenfalls Anstrengungen unternommen. Ursache der Probleme ist nicht der im Jahr 2001 verabschiedete Länderfinanzausgleich, sondern die Tatsache, dass Bayern eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben hat, während andere Länder das nicht gemacht haben, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Das wird übrigens von keinem der anderen Ministerpräsidenten bestritten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auch von uns nicht!)

Ich wundere mich immer darüber, dass manche hier so tun, als wären sie mit in den Konferenzsälen gesessen, als hätten sie an den Kamingesprächen teilgenommen, als wüssten sie genau, wie andere reagiert und argumentiert haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hat keiner von uns gemacht! – Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Liebe Frau Stamm, in Berlin geschieht viel. Ich habe das gerade wieder im Zusammenhang mit den Flüchtlingen erlebt. Wissen Sie: Wir schlagen die Transitzone vor; die SPD möchte besondere Aufnahmeeinrichtungen in Bamberg und in Manching, und die gleiche SPD, die dies in Berlin betrieben hat, teilt uns heute im Bayerischen Landtag mit, dass sie dem eigenen Vorschlag nicht zustimmen kann. – Meine Damen und Herren, das ist doch pervers!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unglaublich!)

So kann man nicht Politik machen. – Und jetzt, Frau Stamm, zur einfachen Realität! Sie können sich ja noch während der Sitzung erkundigen. Ich habe halt nun einmal den Vorteil, neben dem Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten auch eine Partei zu führen. Deshalb kann ich Ihnen sagen: Den Vorschlag, über den wir heute reden, haben wir einen Tag vor der Ministerpräsidentenkonferenz in der Landesvertretung von Sachsen - Sachsens Ministerpräsident amtiert momentan als Bundesratspräsident – ausgearbeitet. Das waren Stanislaw Tillich als amtierender Bundesratspräsident, Volker Bouffier aus Hessen und ich für die Union und Olaf Scholz als Erster Bürgermeister von Hamburg für die SPD. Dieser Vorschlag wurde am Mittwochabend in der Landesvertretung des Freistaats Sachsen in einer stundenlangen Debatte mit vielen Alternativen entwickelt. - So kommen solche Vereinbarungen zustande.

Vorweg darf ich aber noch erwähnen: Am nächsten Tag habe ich meinem Kollegen Kretschmann, der in der Ministerpräsidentenkonferenz nach dem Alphabet unmittelbar neben mir sitzt, gesagt: Winfried, ich hab auch für dich mitverhandelt! – Und er war mit dem Verhandlungsergebnis sehr zufrieden.

(Peter Winter (CSU): Da schau her! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Hört, hört!)

Er vertritt nämlich auch ein Zahlerland. - So läuft das in der Praxis.

(Beifall bei der CSU)

Und dann Ihre Pirouette: Wir sind zwar mit dem Ergebnis zufrieden – oder nein, es ist ein Erfolg, aber es ist kein Erfolg für euch! – Das ist schon ein bisschen eigenartig. Das ist eine große Pirouette.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die politische Realität im Unterschied zu den großen Tönen, die hier gespuckt werden!)

- Einige Realitäten, nur Realitäten: Wir haben für den Freistaat Bayern seit 2011 immer wieder versucht, eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Fast jedes der Kamingespräche, an denen nur die Ministerpräsidenten, aber nicht die Mitarbeiter teilnehmen, seit 2011 hat sich auch mit dem Länderfinanzausgleich beschäftigt – zwei Jahre lang. Und trotz aller Bemühungen hatten wir keinen Erfolg. Bayern hat gemeinsam mit Hessen im März 2013 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, weil wir die ungerechte Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs als Ultima Ratio gerichtlich überprüfen lassen wollten und wollen, solange keine Verhandlungslösung zustande kommt. Der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat in den letzten Monaten mehrfach erklärt: Wenn es keine Verhandlungslösung gibt, wird sich auch Baden-Württemberg beim Bundesverfassungsgericht um eine Klärung bemühen. Wieso man etwas als negativ einschätzt, wenn es der Freistaat Bayern tut, aber plötzlich als positiv, wenn es Baden-Württemberg ankündigt, ist eine weitere Eigenartigkeit in dieser Debatte.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind im Jahr 2013 für diese Klageerhebung heftig kritisiert und gescholten worden, auch hier, von der Opposition. Herr Rinderspacher, Sie werden sich erinnern; Sie sprachen vom Bumerang, vom Rohrkrepiere. Das war Ihre Analyse. Und jetzt erleben wir nicht einen Bumerang, nicht einen Rohrkrepiere, sondern unser Vorgehen erweist sich als Volltreffer. Da wurde ein großer Erfolg erreicht, und zwar durch den richtigen Druck und den Einsatz, den wir in den letzten vier Jahren in Verhandlungen und ab 2013 durch eine Klage gezeigt haben. Das ist ohne Zweifel von Erfolg gekrönt.

(Beifall bei der CSU)

Nun ist es gelungen, dass sich die Ministerpräsidentenkonferenz – nur die Ministerpräsidenten haben sich in den letzten Jahren mit diesem Thema beschäftigt, weil es für jedes Land besonders wichtig war – am 3. Dezember verständigt hat. Am 2. Dezember war diese Vorbereitung. Ich spreche nicht jeden Tag, aber in diesem Fall bewusst von einer historischen Lösung. Alle 16 Ministerpräsidenten haben zugestimmt. Wenn nur ein einziger Nein gesagt hätte, hätte es keine Vereinbarung gegeben; denn es gehört zum Kern einer Ministerpräsidentenkonferenz, dass sie nur einstimmig entscheiden kann.

Herr Halbleib, Sie haben von zwei Planeten gesprochen, auf denen wir angeblich leben. Dazu darf ich Ihnen nur sagen: Die SPD stellt neun von diesen 16 Ministerpräsidenten – zu meinem Bedauern, aber sie stellt neun. – Hier wird dann gelegentlich mit lauter so Zwischentönen – irgendwie muss ja am Lack gekratzt werden – das, was neun Ministerpräsidenten zusammen mit den anderen Ministerpräsidenten, auch mit mir, vereinbart haben, plötzlich mit einigen Fragezeichen versehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das eine ist Rhetorik, das andere ist das Ergebnis!)

Ich werde einige Ihrer Fragen beantworten. Wir stellen fünf Ministerpräsidenten, die GRÜNEN stellen einen; auch Herr Ramelow hat zugestimmt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Rhetorik und Ergebnis passen halt nicht zusammen!)

Ich darf Ihnen nur sagen: Solche einstimmigen Beschlüsse kommen nicht so zustande, wie es jetzt kurzatmig behauptet wird: Das ist ein Vertrag zulasten des Bundes; darauf kann man sich leicht verständigen. – Nein, es ist ein Ausgleich der Interessen aller 16 Bundesländer – ein, wie ich finde, sehr gelungener Interessenausgleich.

(Beifall bei der CSU)

Schauen Sie, ich habe von Anfang an großes Interesse daran gehabt, dass auch die neuen Bundesländer mit ihren Anliegen berücksichtigt werden – einfach deshalb, weil die neuen Bundesländer im Durchschnitt zurzeit etwa 50 % der Finanzkraft der westlichen Bundesländer haben. Es liegt auch im Interesse des Freistaats Bayern, dass sich die neuen Bundesländer strukturell verbessern; denn je mehr sie sich verbessern, desto weniger müssen wir zahlen. Deshalb muss man Bündnisse schließen; deshalb muss man miteinander reden: Welche Interessen habt ihr? Welche Interessen haben wir? Welche Interessen haben zum Beispiel das Saarland und Bremen? – Sie wurden von einer harten Strukturkrise bei Kohle, Stahl und Werften heimgesucht und haben deshalb ein Einnahmeproblem. Welche Interessen haben wir Zahlerländer? – Das persönliche Verhältnis zwischen den Ministerpräsidenten ist ein außerordentlich gutes. Deshalb muss man zunächst einmal die Interessen definieren und ausloten: Kann man sich aufeinander verlassen? Gibt es auch eine gegenseitige Unterstützung, dass nicht einer aufgeben muss, während der andere seine Wünsche erfüllt bekommt? – So sind wir zu diesem Ausgleich gekommen. Das gab es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie. Jetzt schauen wir mal in die Zeitungsarchive; denn das hätte bis vor Kurzem auch niemand für möglich gehalten. "SPIEGEL ONLINE" schreibt am 4. Dezember: "Bayern und der Osten gewinnen". Stimmt. Die "ZEIT" ergänzt in ihrer Online-Ausgabe: "Der Vorschlag der Länder zur Reform des Länderfinanzausgleichs würde ... vor allem Bayern, den fünf neuen Ländern und den Stadtstaaten zu Gute kommen." Nichts anderes habe ich gerade gesagt. Das ist der Interessenausgleich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb kriegt Berlin ja auch mehr!)

Die "ZEIT" ist nicht unbedingt ein Blatt, von dem ich erwarten kann, dass es jede Woche eine Hofberichterstattung über Bayern und den Bayerischen Ministerpräsidenten abgibt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dazu gibt es auch keinen Anlass!)

Die "ZEIT" schreibt: "Das ohnehin finanzstarke Bayern erhielt 103 Euro je Einwohner zusätzlich." Richtig. Ich beglückwünsche die "ZEIT" zu dieser Erkenntnis. Diese Aussage ist eine ganz andere als die, die wir in den letzten Tagen und Wochen von der Landtagsopposition gehört haben. Diese Länderverständigung ist ein ganz großer Schritt. Die nun gefundene Neuordnung ist der Interessenausgleich, der allen Beteiligten hilft. Nur wird künftig das Motto aus bayerischer Sicht lauten: Solidarisch und fair. Die bisherige Regelung war weder solidarisch noch fair. Deshalb ist das eine gute Entwicklung. Wir profitieren in besonderem Maße: gut 1,3 Milliarden Euro ab 2020. Als Bayerischer Ministerpräsident habe ich nie von etwas anderem als der versprochenen Bayern-Milliarde gesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie nicht, aber andere schon!)

Diese Bayern-Milliarde haben wir erreicht. Versprochen - gehalten. Jetzt wird aber gesagt: Wir haben noch zwei Punkte. Ihr habt doch gesagt, das wird früher eintreten. - Lieber Herr Halbleib, der gleiche Ministerpräsident, der vor Ihnen steht, hat schon vor einiger Zeit erreicht, dass der Bund ab dem Jahr 2018 zusätzlich fünf Milliarden Euro für die deutschen Kommunen bezahlt, um ihre Finanzkraft zu stärken.

(Beifall bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD):

Das war nur mit der SPD möglich! Ohne die SPD hätten Sie das gegen die FDP nie erreicht!)

- Ich weiß, wer das vereinbart hat. Herr Halbleib, setzen Sie sich einmal der Kanzlerin gegenüber und handeln Sie so etwas aus. Da müssen Sie sich aber vorher noch stärken, das kann ich Ihnen sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Noch mehr? - Ich bemühe mich schon!)

Schon vor diesem Ergebnis hat Bayern erreicht, dass die soziale Grundsicherung, die Gerhard Schröder und die GRÜNEN zu einem erheblichen Teil den Kommunen auf-

oktroziert haben, nicht mehr von den Kommunen bezahlt werden muss, sondern wieder vom Bund. Auch das war ein Vorziehen der Reform des Länderfinanzausgleichs.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt, der angeführt wurde, war: Ja, die Entflechtungsmittel sind da doch jetzt drin. - Lieber Herr Halbleib, im Gesetz stehen zwei Punkte: Die Entflechtungsmittel sind Mittel für den Wohnungsbau, für die Hochschulen und zum Teil auch für die Verkehrsfinanzierung. Deshalb heißen sie auch Entflechtungsmittel. Dazu wurde einmal vereinbart, dass die Aufgabe auf die Länder übergeht und dass die Länder noch für eine Übergangszeit die sogenannten Entflechtungsmittel bekommen. Die Aufgaben werden also entflochten, und die Aufgabe und die Finanzierung gehen auf die Länder über. Lieber Herr Halbleib, Sie wissen das, deshalb sollten Sie das nicht unterschlagen.

Im Gesetz steht, dass diese Entflechtungsmittel, wenn am 3. Dezember nichts geschehen wäre, im Jahr 2019 auslaufen würden. Das hätte für Bayern null bedeutet. Nachdem wir am 3. Dezember eine Einigung erzielt haben, wird das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, das für den Bau und die Finanzierung der Zweiten Stammstrecke existenziell ist, weiterlaufen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich erwähnt!)

So steht es im Gesetz. Meine Damen und Herren, die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Entflechtungsmittel ergeben zusammen einen Betrag von 440 Millionen Euro. Diesen Betrag bekommen wir heute noch, aber ab dem Jahr 2020 nicht mehr. Das kann niemand ernsthaft bestreiten.

Im Zuge dieser Verhandlungen ist es uns gelungen, nicht nur den Länderfinanzausgleich zu reformieren, sondern auch die weitere Finanzierung der Entflechtungsmittel und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch den Bund zu erreichen. Das ist ein Riesenerfolg, den wir auch brauchten, um der Öffentlichkeit sagen zu können:

Wir bauen nicht nur die Zweite Stammstrecke im Großraum München, sondern wir können sie auch über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanzieren. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich hätten wir diese 440 Millionen Euro auch auslaufen lassen können. Dann hätten wir jedoch beim Länderfinanzausgleich 100 Millionen oder 200 Millionen Euro mehr herausverhandeln müssen. Wir können jetzt entscheiden, ob wir uns darüber noch zehn Jahre lang streiten wollen. Für mich ist wichtig, dass unter dem Strich für Bayern 1,3 Milliarden Euro herausgekommen sind. Das ist eine Riesensumme, brutto wie netto. Daran kann niemand herumdeuteln.

Jetzt komme ich zu dem Argument: Es könnte ja wieder die gleiche Entwicklung wie nach dem Jahr 2001 geben. Am Anfang wird der Länderfinanzausgleich gefeiert, und im Laufe der Zeit wird sich Bayern noch besser und werden sich die anderen Länder noch schlechter entwickeln. Dann gibt es wieder eine Dynamik. – Wir haben aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus anstelle des heute noch gültigen linear-progressiven Tarifs im Länderfinanzausgleich einen linearen Tarif eingeführt, damit es nicht zu sprunghaften Bewegungen nach oben kommt. Dieser lineare Tarif wirkt wie eine Deckelung. Ich muss dem Parlament jetzt eine etwas komplizierte Erklärung zumuten; denn das ist ein bisschen schwierig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind gefasst!)

Der Länderfinanzausgleich wird künftig über die Umsatzsteuer erfolgen, die nach der Einwohnerzahl, also pro Kopf, verteilt wird. Für bestimmte Gesichtspunkte gibt es Zu- oder Abschläge. Zugrunde gelegt wird der Durchschnitt der Finanzkraft in den Ländern. Überdurchschnittliche Gesichtspunkte werden künftig nur bis zu einem Deckel von 63 % ausgeglichen. War das verständlich? – Wir müssen wegen des linearen Tarifs künftig, ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau, nicht mehr einen solchen Sprung wie in der Vergangenheit befürchten.

Ich nehme daher für die 16 Ministerpräsidenten, darunter neun von der SPD, in Anspruch, dass sie sich nicht nur mit der Frage beschäftigt haben: Wie starten wir? - Das waren die bekannten Zahlen und die Entlastungen. Die Ministerpräsidenten haben sich auch mit der Frage beschäftigt: Wie geht die Entwicklung nach dem Start weiter? - Sie können über die Ministerpräsidenten sagen, was Sie wollen. Ich möchte aber die SPD-Ministerpräsidenten vor dem Urteil schützen, sie hätten sich bei ihrer Entscheidung gar nichts gedacht. Ich möchte sie einfach schützen.

(Beifall bei der CSU)

All diese Erfahrungswerte sind in die Debatte eingegangen. Sie ist kompliziert. Deshalb eignet sie sich nicht unbedingt für Überschriften. Das Ergebnis ist jedoch historisch, weil alle mitgemacht haben. Zum ersten Mal hat der Föderalismus einen Interessenausgleich über 16 Länder hinweg geschafft. Allen Beteiligten mit ihren Interessen wurde geholfen.

Die genannten 12 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 werden ein Bestandteil unserer Schuldentilgung. Wir haben von Anfang an immer gesagt: Wir werden im Jahr 2030 schuldenfrei sein. Wir haben von Anfang an auch gesagt, dafür brauchen wir am Ende dieses Jahrzehnts eine Entlastung beim Länderfinanzausgleich. Jetzt kann man aber nicht den einfachen Schluss ziehen, dass es nur bei den 12 Milliarden Euro bleibt. Ziehen wir doch einmal von den Gesamtschulden die 12 Milliarden Euro ab. Dann bleiben nämlich noch Schulden übrig, wenn auch nicht allzu viele. Daraus kann man aber nicht den Schluss ziehen, wir würden unser Ziel nicht erreichen. Die einfache Rechnung, dass es dann bis zum Jahr 2040 dauert oder gar bis 2050, ist falsch. Es bleibt nämlich dabei: Der Freistaat Bayern wird jenseits dieser 12 Milliarden Euro schuldenfrei. Bayern wird bis zum Jahr 2030 aus den Haushalten der kommenden Jahre Geld zur Schuldentilgung heraussparen. Das tun wir auch schon bei dem jetzt verabschiedeten Doppelhaushalt 2015/2016. Man muss deshalb beide Zahlen zusammenrechnen. Im Übrigen gehört zum ganzen Finanztableau auch die glänzende Lösung unseres Finanzministers bei der Landesbank, die nämlich zurückzahlt. Wenn Sie also

beides addieren - das, was wir laufend aus den Haushalten an Schulden bezahlen, und die Entlastung des Länderfinanzausgleichs -, dann ist der Freistaat schuldenfrei. Ich bekräftige heute mein Versprechen und mein Ziel, dass Bayern bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Ein Wort zur Klage: Die Klage bleibt so lange aufrechterhalten, bis die Vereinbarungen im Gesetzblatt stehen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das im Gesetzblatt steht, wird die Klage zurückgezogen. Das ist der normale Ablauf. Das ist doch ganz logisch.

(Beifall bei der CSU)

Ein Wort zum Bund; das müssten Sie von der SPD doch wissen: Wir haben mit Gabriel, mit Schäuble und mit der Kanzlerin vereinbart, dass sich der Bund an der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen finanziell beteiligt. Das hat der Bund akzeptiert. Das ist schließlich auch eine primäre Aufgabe des Bundes. So wie wir in Bayern das Ziel haben, in allen Regierungsbezirken gleichwertige Lebenschancen zu schaffen, so besteht ein solches Ziel auch für Deutschland. Es kann nicht der Auftrag nur des Freistaates Bayern sein, über den Länderfinanzausgleich die Strukturverbesserung in den neuen Ländern zu erreichen. Übrigens gehörte auch die Hälfte von Berlin ursprünglich zu den neuen Ländern. Der Bund hat deshalb gesagt: Jawohl, wir beteiligen uns.

Das ist auch notwendig; denn sonst wäre es eine unehrliche Vereinbarung. Die Zahlerrländer sind im Wesentlichen Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Sie werden weniger bezahlen. Die neuen Länder haben objektiv Strukturprobleme, die nicht bis Ende des Jahrzehnts gelöst sein können. Deshalb muss der Bund helfen. Die neuen Länder haben viele Fortschritte gemacht, bei der Finanzkraft haben sie im Verhältnis

zu uns aber gerade erst einmal die Hälfte erreicht. Folglich kann nicht ab dem Jahr 2020, auch nicht von Bayern, eine Politik vertreten werden, die dazu führt, dass diese Länder auf null fallen. Also muss jemand die Lücke füllen, die dadurch entsteht, dass die Zahlerländer weniger bezahlen. Diese Lücke füllt der Bund. Wir haben dafür 8,5 Milliarden Euro vereinbart.

Dazu möchte ich noch etwas sagen. Wir haben in unserem Ländervorschlag 9,6 Milliarden Euro stehen. Die 8,5 Milliarden Euro beziehen sich auf die Preise des Jahres 2014. Die von uns vereinbarten 9,6 Milliarden Euro beziehen sich hingegen auf die Preise des Jahres 2019. Hätten wir für 2019 die 8,5 Milliarden Euro von jetzt akzeptiert, dann hätte das dazu geführt, dass das Ganze eingefroren worden wäre. Das ist aber nicht unsere Vorstellung. Das ist auch nicht meine Vorstellung.

Ich kann Ihnen deshalb mitteilen, dass mir die Bundeskanzlerin am Wochenende gesagt hat, der Bund, beziehungsweise die Bundesregierung, ist bereit, über das Paket der Länder zu verhandeln. Eine kleine Gruppe von Ministerpräsidenten – das sind die schon genannten – wird jetzt Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister führen. Wenn diese Verhandlungen mit dem Bundesfinanzminister in dieser kleinen Gruppe geführt wurden, dann werden wir mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Koalition über das Ergebnis reden. Jenseits aller Schmalmeienklänge, die man von diesem oder jenem hört, besteht folgende Vereinbarung, die ich hier öffentlich mitteilen möchte: Die Bundesregierung ist bereit, in Gespräche darüber einzutreten, was die Länder vereinbart haben. Auch das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren. Wenn man in Verhandlungen eintritt, dann ist es in dieser Koalition üblich, dass man sie mit Erfolg abschließt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte also sagen: Wir haben es geschafft. Wir haben ein einfacheres und deutlich transparenteres und gerechteres System geschaffen. Alle Länder finden darin ihre Interessen berücksichtigt. Der deutsche Föderalismus funktioniert, er ist ein Segen für

das Land. Gerade der Bayerische Landtag sollte Wert darauf legen, dass der Föderalismus funktioniert. Er sollte darauf achten, dass die ständigen Bestrebungen zu mehr Zentralismus zugunsten von Berlin oder Brüssel nicht fortgesetzt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das ist eine gute Sache. Wir haben jetzt eine gemeinsame Einigung unserer Finanzordnung im Geiste von Solidarität und Gerechtigkeit. Ich habe immer gesagt: Dieses Thema ist keine Frage der Parteipolitik. Es ist vielmehr eine Frage des bayerischen Interesses. Hier geht das Land vor Partei. Wenn die Einigung mit dem Bund stattgefunden hat, dann sind zur Verwirklichung dieses Finanzausgleichs Gesetze notwendig, partiell sogar Grundgesetzänderungen. Ich werde dann sehr genau darauf achten, wie die bayerischen Bundestagsabgeordneten im Deutschen Bundestag abstimmen werden. Ich werde darauf achten, wie sie abstimmen, wenn es darum geht, dass der Freistaat Bayern um 1,3 Milliarden Euro entlastet wird. Das wird eine sehr interessante Sache werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bei meiner Fraktion bin ich mir da ziemlich sicher, aber ich bitte auch die Opposition darum - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber nur ziemlich! – Peter Winter (CSU): Ganz sicher! – Volkmar Halbleib (SPD): Mit dieser Fraktion kann man nie wirklich sicher sein, Herr Ministerpräsident!)

- Ich bin mir da ganz sicher. Ich danke dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses für seinen Zuruf. Ich bin mir da ganz sicher. Ich wäre froh, wenn ihr mich so fordern würdet wie meine eigene Fraktion.

(Allgemeine Heiterkeit – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich bitte aber alle Fraktionen des Bayerischen Landtags, auf Bundesebene dazu beizutragen, dass das, was für uns gut wäre, Realität wird. Sie alle haben Ihre Möglichkeiten, da einzuwirken. Ich glaube, die bayerische Bevölkerung wird sehr genau darauf achten, wie sich die politischen Parteien in Berlin bei diesem Thema verhalten. Ich danke heute schon für die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung, wenn es um die Umsetzung geht.

Wir werden uns heute bei den Schlussworten noch einmal hören. Ich danke Ihnen jetzt für die Aufmerksamkeit bei diesem schwierigen Thema, das weit wichtiger ist als so manches, was wir hier behandeln. Dieses Thema ist sehr wichtig für unseren Freistaat Bayern; denn es geht um seine Finanzen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Ministerpräsident, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Herr Ministerpräsident, drei Bemerkungen seien mir zu Ihrer Rede gestattet, die für uns nicht viel Neues gebracht hat.

(Zurufe von der CSU – Peter Winter (CSU): Habt ihr schon wieder nicht zugehört?)

- Der Erregungszustand Ihrer Fraktion ist anscheinend permanent hoch. Das nehme ich jetzt einmal zur Kenntnis.

Eine Bemerkung sei mir schon gestattet, nämlich zu der von Ihnen angesprochenen Entlastung für die Kommunen in den zwei großen Blöcken, die Sie zu Recht angesprochen haben: Ich würde mich schon über eine Bemerkung von Ihnen freuen, dass diese Entlastung nur mit und auch auf Druck der sozialdemokratischen Seite erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist doch unglaublich, was der erzählt!)

Herr Ministerpräsident, vielleicht können wir gemeinsam feststellen, dass der CSU-Fraktion schon Selbstverständlichkeiten komisch vorkommen. Es ist mir aber ein Bedürfnis, das noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

(Markus Blume (CSU): Märchenstunde!)

Sie haben von Behauptungen berichtet, die in der Debatte keiner erwähnt hat. Sie haben die Komplexität erwähnt. Ich habe auch in meiner Rede zu Recht darauf hingewiesen, dass die Situation schwierig und komplex ist. Ich darf schon einmal daran erinnern, dass von dieser Seite wie eben zuvor nur Gelächter und komische Zwischenrufe kamen, wenn wir auf diese komplexe Situation hingewiesen haben. Das darf ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es darf schon erlaubt sein, dass wir zwischen den Forderungen, die Sie hier im Hohen Haus – nicht nur Sie, sondern auch viele andere – in dieser Tonlage erhoben haben, und dem Ergebnis, das Sie jetzt erzielt haben, Vergleiche anstellen. Das sind nach wie vor zwei verschiedene Planeten in der politischen Landschaft. Diese Bemerkung ist zutreffend, und die konnten Sie auch nicht entkräften.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nichts verstanden, gar nichts!)

Eine abschließende Bemerkung: Ich möchte von Ihnen schon eine Erklärung dazu haben, dass die bayerische Seite - -

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Beachten Sie bitte Ihre Redezeit.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Dann müssten Sie einmal auf die Kollegen hier achten.

(Lachen bei der CSU)

Ich möchte von Ihnen schon eine Erklärung dazu haben, dass die bayerische Seite mit 105 Euro pro Kopf der Bevölkerung profitiert.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte kommen Sie zum Ende.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Dagegen profitiert aber Berlin mit 141 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Das ist eine Feststellung, zu der Sie einmal Stellung nehmen sollten.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Weil die SPD Berlin an die Wand gefahren hat!)

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** War's das?

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Das war's. Sie sind dran.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Auch drei Bemerkungen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Zwei Minuten. Sie dürfen auch überziehen.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Die brauche ich gar nicht. – Zu Berlin: Ich habe vorsichtshalber schon während meiner Rede gesagt, dass Berlin zur Hälfte etwa so wie die neuen Bundesländer zu behandeln ist.

(Peter Winter (CSU): Doch nicht zugehört!)

Wenn Sie für die neuen Länder Entscheidungen treffen, ist in der Folge zwangsläufig Berlin davon betroffen. Es ist so. Ich kann auch sagen, dass ich das nicht will. Dann gibt es aber keine Entlastung für uns. Politik ist das nicht. Das ist Rechthaberei auf Druck der SPD. Liebe Leute, auch Sie bitte ich, mit Ihrem Verhandlungsführer, dem Ersten Bürgermeister Scholz, zu sprechen. Er hat mich angerufen, und ich habe ihm am 2. Dezember schlicht und einfach meine Positionen genannt, die für uns unverrückbar sind. Ich habe sie an diesem Abend wiederholt, und ich habe gesagt: Wir machen es jetzt so, oder es gibt keine Vereinbarung. Und es kam so. Jetzt frage ich Sie: Wer hat da Druck ausgeübt?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe zur kommunalen Entlastung gesprochen! Sie haben mir nicht zugehört!)

Ich habe schlicht und einfach gesagt: Bayern will nicht weiter gehen; denn sonst lassen wir es durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts klären. So war die Lage.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe nach der kommunalen Entlastung gefragt!)

Sie haben vom Druck der Ministerpräsidenten der SPD gesprochen. Ich habe jedenfalls an den zwei Tagen keinen Druck erlebt. Wir haben das vereinbart. Ich habe dem Herrn Scholz gesagt, da ist meine Grenze, die werde ich nicht überschreiten. Die B-Ministerpräsidenten waren sich innerhalb einer halben Stunde einig. B-Ministerpräsidenten sind die Ministerpräsidenten der von der Union geführten Länder. Zu fünft haben wir dann auf die Ministerpräsidenten der SPD und der GRÜNEN gewartet. Es hat dreieinhalb Stunden gedauert, bis sie sich einig waren. Nur so viel zu der Frage, wer auf wen Druck ausgeübt hat. Ich habe überhaupt nichts vom Druck gemerkt. Ich habe nur laute Stimmen in dem Konferenzraum gehört.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben mich bewusst nicht verstanden!)

Sie wissen, dass Frau Kraft die Hauptgegnerin dieses Kompromisses war, weil sie der Meinung war, Bayern würde zu gut behandelt. Das war der Druck, der entstanden ist. Der Druck kam nicht von uns, sondern ihr hattet große Schwierigkeiten untereinander.

Jetzt sage ich Ihnen ein für allemal, und das kann ich Ihnen nach acht Jahren Erfahrung mit meiner Fraktion sagen: Das, was Sie an Erregung beschreiben, ist nach meiner täglichen Erfahrung in meiner Fraktion Dynamik und Frische.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf Ihre fraktionsinternen Geschichten will ich jetzt nicht weiter eingehen. - Ich wollte aber noch einmal

mit einem großen Seufzer sagen: Ach, niemand hat hier bestritten, dass der Kompromiss ein guter Vorschlag ist. Sie hätten es aber schon einfacher haben können. Wir haben vor fünf Jahren zu diesem Punkt einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Danach war es auch noch oft in der Presse zu lesen. Von Frau Professor Behnke wurde ein Konzept mit drei Punkten vorgeschlagen. Der zweite Punkt war eine komplett neue Regelung der Umsatzsteuerverteilung durch den Bund. Das war das Konzept, das wir GRÜNE vorgelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

- 2010 war das, lieber Kollege. Doch! Ich streite mich jetzt nicht weiter mit Ihnen deswegen herum. Ich habe es im Protokoll nachgelesen.

Sie haben gerade die Klage als Ultima Ratio bezeichnet. Das war sie eben nicht, Herr Ministerpräsident. Sie haben eine Klage eingereicht, ohne vorher verhandelt zu haben. Sie haben kein Konzept gehabt, über das verhandelt werden sollte. Sie sind nach Karlsruhe gegangen und haben mit dem Säbel gerasselt. Das ist der Punkt.

(Widerspruch bei der CSU)

Noch einmal ganz kurz zu Ihren Punkten in der Klage. Ich habe sie vorhin schon genannt, aber offenbar muss man sie noch einmal nennen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist doch falsch!)

Es heißt, dass Berlin aus dem Länderfinanzausgleich herausgenommen werden soll. Dieses Ziel ist verfehlt. Sie wollten, dass die Einwohnerwertung der Stadtstaaten herausgenommen wird, weil die Gemeindefinanzen in den Ausgleich zu hoch einbezogen würden. Es ist sogar noch höher geworden. Es gab mehr Steuerautonomie. Das Ziel ist nicht erreicht.

(Peter Winter (CSU): Durch ständiges Wiederholen wird es auch nicht besser!)

Nichts von den Klagepunkten ist erreicht. Dieser Kompromiss hat nichts mit Ihrer Klage zu tun. Das musste noch einmal ganz kurz klargestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den Föderalismus und die Stärkung der Parlamente angesprochen. Ich glaube jedenfalls, das meinten Sie damit. Auch da gibt es feine Unterschiede. Während Ihre Kollegin in Nordrhein-Westfalen - egal, wie sie zu dem Kompromiss steht – am nächsten Tag den Landtag ausführlich unterrichtet und dort ausführlich darüber debattiert, unterrichten Sie die Presse. Am Schluss des Ganzen gibt es dann einen nichtssagenden Dringlichkeitsantrag der CSU, dem man, weil er so nichtssagend ist, nicht zustimmen kann.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. - Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, wir wollen es gerne glauben, dass Sie alles getan haben, um im Sinne Bayerns zu verhandeln. Es beruhigt mich aber nicht, wenn Sie in Berlin eine Einigung mit neun roten Ministerpräsidenten erzielen. Das dient vielleicht dazu, den Angriff der SPD auf Sie etwas abzumildern. Ich bin mir aber nicht so sicher, ob der bayerische Steuerzahler gut schlafen kann, wenn Sie sagen, Sie seien sich mit den SPD-Ministerpräsidenten einig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorsicht, Hubert!)

Ein ganz großes Problem bleibt weiterhin bestehen. Es wird in Wirtschaftskreisen auch kritisiert. Auch im neuen System wird es für die schwachen Länder kaum Leistungsanreize geben, damit sie wirklich aus ihrer Talsohle herauskommen. Wenn ein Land wie Brandenburg von einem eingenommenen Steuer-Euro heute 7,7 Cent, im neuen System aber auch nur 9,1 Cent behalten darf, wird es sich weiterhin nicht auf

die Hinterbeine stellen, um die Steuereinnahmen wirklich zu erhöhen. Länder wie Brandenburg werden sich weiterhin – systembedingt – zurückhalten.

Gleiches gilt für die leistungsstarken Länder: Wenn ein Land wie Baden-Württemberg anstatt 25,5 Cent künftig 28 Cent jedes zusätzlich eingenommenen Euro behalten darf, dann wird dies nicht dazu führen, dass die Geberländer massiver – –

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Dafür gibt es die Schuldenbremse auf der Ausgabenseite!)

– Die mögen Sie haben. Aber in meinen Augen ist an der sehr wichtigen Stellschraube der Leistungsanreize überhaupt nicht gedreht worden. Wie bei einem Wackelpudding werden nur die Defizite hin- und hergeschoben: Die Geberländer zahlen ein bisschen weniger; dafür muss der Bund mehr zahlen. Wir Bayern werden uns weiterhin überdurchschnittlich daran beteiligen müssen, den Bund über Wasser zu halten.

Um aus der Defizitspirale herauszukommen, muss die Eigeninitiative angekurbelt werden. Den schwachen Ländern ist zu sagen: Für euch rentiert es sich tatsächlich, die Wirtschaft in euren Ländern nach vorn zu bringen. – Dieser Ansatz fehlt leider weiterhin völlig.

Herr Ministerpräsident, Sie verweisen darauf, dass Bayern ab 2020 eine Milliarde Euro weniger zahlen müsse. Diese Milliarde tut uns wohl gut, aber ich glaube nicht, dass sie Bayern rettet. Wenn Sie auf dieser Grundlage die Voraussage wagen, Bayern werde ab 2030 schuldenfreie Haushalte aufstellen können, dann haben Sie schon viel Gottvertrauen. Das lobe ich mir. Auch ich wünsche mir, dass wir irgendwann dieses Ziel erreichen. Ihre Aussage aber, wir müssten nur noch fünf Jahre durchhalten, und danach werde für Bayern alles besser, bleibt leider deutlich hinter dem zurück, was wir in den vergangenen Jahren von Ihnen gehört haben und was wir als Ergebnis der Verhandlungen erwarten konnten.

Ich glaube auch nicht an Ihre Aussage, ab 2030 werde es für Bayern noch viel besser. Das ist Illusionsmarketing.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie es noch nicht gehört haben, dann sage ich Ihnen noch einmal, was ich eigentlich will: Ich will mehr Leistungsanreize für alle Länder, damit sie von zusätzlichen Steuereinnahmen mehr behalten dürfen. Es reicht nicht aus, Defizite hin- und herzuschieben, sondern es muss darum gehen, die Wirtschaftskraft zu stärken. Auch durch das neue System wird die Wirtschaftskraft leider nicht gestärkt. Deshalb sage ich: Der ganz große Wurf ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Aiwanger, würden Sie bitte noch einmal an das Rednerpult zurückkommen? – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Kirchner, bitte.

**Sandro Kirchner (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Aiwanger, Sie haben zu Recht festgestellt, dass keine Ministerpräsidenten der FREIEN WÄHLER an der Runde beteiligt waren. Sie sind auch Bundesvorsitzender der FREIEN WÄHLER. Wie waren Ihre Lösungsansätze? Wie war Ihr Beitrag dazu?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegt keine – –

(Anhaltende Heiterkeit bei der CSU)

– Darf ich fortfahren? Danke.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/9373 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Die CSU. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag angenommen. Danke schön.

(Beifall bei der CSU)